



STEFANIKOLIC/ISTOCKPHOTO

Kindergärten: Quantität ohne Qualität

Elementarpädagogik. Statt dem empfohlenen Schlüssel von einer Pädagogin mit sieben Kindern sind es derzeit bis zu 25 Kinder. Ob der geplante Ausbau daran etwas ändert?

VON BERNHARD GAUL

Für alle, die in Kinderkrippen oder Kindergärten arbeiten, war die Ankündigung von Bundeskanzler Karl Nehammer wie ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk: 50.000 zusätzliche Kinderbetreuungspplätze sollen bis 2030 entstehen, und damit in erster Linie den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, trotz kleinem Kind Vollzeit arbeiten zu gehen.

Die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner erhofften sich von dem überraschenden Fokus der Volkspartei für ihre Arbeit aber nicht nur eine quantitative Verbesserung – es müssten nicht mehr so viele Eltern aus Platzmangel abgewiesen werden, wenn es deutlich mehr Plätze gibt –, sondern vor allem eine qualitative: Jeder will in Berufsa anwandeln, jeder will im Berufsa anwandeln können, was erlernt wurde.

Doch genau das ist bei Gruppengrößen von bis zu 25 Kindern pro Gruppe, also mit einer Pädagogin und einer Assistentin – nur sehr eingeschränkt möglich. Was ja ein-

Fakten

Ausbau
Kanzler Nehammer hat angekündigt, bis 2030 50.000 zusätzliche Kinderbetreuungspplätze schaffen zu wollen. Kosten: 4,5 Milliarden Euro.

Ausbildung
Wissenschaftsminister Polaschek hat ein Modell vorgestellt, wie bis 2030 13.700 zusätzliche Ausbildungspplätze (inklusive Quereinsteiger) geschaffen werden.

Betreuungsquote
In Wien sind für 25 Kinder oft nur eine Pädagogin und eine Assistentin da. Sinnvoll wären bei 0-3 Jahren ein Verhältnis von 1:4, bei 3-6 Jahren 1:7

fach nachvollziehbar ist, wie es einem selber gehen würde, wenn man zu zweit für 25 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren acht bis zehn Stunden verantwortlich ist.

Die Politik hält sich bisher bedeckt, was neben dem Ausbau von 50.000 zusätzlichen Plätzen verbessert werden soll. VIF-Konform war eines der Schlagwörter: Gemeint ist damit der Vereinbarkeitsindex für Familie und Beruf, also Öffnungszeiten und Schließtage, die so gestaltet sind, dass Eltern einer geregelten Arbeit nachgehen können.

Weniger gesprochen wurde bisher über die Gruppengröße, doch genau das ist die Crux: „Viele Fachkräfte haben den Eindruck, den Anforderungen nicht gerecht werden zu können, weil sie zu viele Kinder auf einmal betreuen müssen, ihnen zu wenig Vorbereitungszeit zur Verfügung steht und sie zu wenige Unterstützungssysteme vorfinden“, hatte Bildungswissenschaftlerin Veronika Michitsch schon 2022 gesagt, als ihre Studie zur Situa-

tion der Kindergartenpädagoginnen präsentiert wurde. Ihr Fazit: Selbst bei Beibehaltung des bisherigen (wenn optimierten) Fachkraft-Kind-Verhältnisses werden 2030 voraussichtlich 13.700 Fachkräfte fehlen.

Entsprechend enttäuscht also die Reaktion, als Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) genau diese Zahl als Ziel nannte: Es sollen bis 2030 13.700 Ausbildungspplätze geschaffen werden.

Wurde damit das schwache Betreuungsverhältnis Pädagogin/Kinder zementiert?

Im Ministerium von Familienministerin Susanne Raab (ÖVP) wird einseitig auf die laufenden Verhandlungen Bund-Länder verwiesen. Dort wurde bisher nur eine neue Aufteilung des Steuergeldes im Rahmenbedingungen wie Öffnungszeiten, Schließtage und eben Gruppengrößen. Andererseits hätten die Länder und Gemeinden, die für die Kindergärten und -krippen zuständig sind, auch andere Möglichkei-

ten, mehr Personal zu bekommen – etwa über die Bezahlung. Oberösterreich ist da bereits vorgeprescht und gibt 250 Euro netto zum Gehalt dazu.

Für Kindergartenbetreiber wie die St. Nikolausstiftung der Erzdiözese Wien ist aber die Qualität der Plätze, z. B. durch einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel, ebenso wichtig wie die Quantität: „Qualitätsverbesserungen würde dazu führen, dass viele Pädagoginnen, die derzeit aufgrund der Rahmenbedingungen nicht in ihrem Beruf arbeiten, wieder zurückkommen.

Natürlich muss man parallel auch motivieren und neue Ausbildungspplätze schaffen. Mit dem quantitativen Ausbau muss ein Qualitätsschub einhergehen“, sagt die pädagogische Leiterin Susanna Haas. In ihren mehr als 35 Berufsjahren haben sich die Bedingungen hinsichtlich der Gruppengröße oder des Fachkraft-Kind-Schlüssels kaum verändert. Ihre Hoffnung ist, dass sich mit dem höheren Interesse seitens der Politik endlich etwas ändert.

Streit in der Wiener Ärztekammer: Das Steinhart-Imperium schlägt zurück

Nach dem Rückzug von Widersacher Erik Huber soll Vertraute des Präsidenten seine Stellvertreterin werden

Gesundheit. Im Endlos-Streit in der Wiener Ärztekammer stand Dienstag Abend der nächste Showdown bevor. Bei der Vollversammlung sollen die 90 Mandatäre über einen Antrag auf Neuwahlen und eine Abwahl von Präsident Johannes Steinhart abstimmen. Ein Ergebnis zu Letzterem lag zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe jedoch noch nicht vor.

Steinhart war in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit Ungerechtigkeiten in der Handelsfirma Equip4Ordi, eine Tochter der Kurie der niedergelassenen Ärzte, mehrfach in der Presse



GILBERT NOVY

Steinhart dürfte sich im Machtkampf behauptet haben

ten – unter anderem wegen des Vorwurfs der Untreue. Es geht, um fragwürdige Prämienszahlungen und Kreditgeschäfte.



APA/HERBERT NEUBAUER

Szekerer: Vom Erzrivale zum Steinhart-Verbindeten

lungten Steinharts Nachfolger als Kurienobmann, Vizepräsident Erik Randall Huber, der damals noch wie der Präsident zur ÖVP-nahen Fraktion „Verbindung“ gehörte.

Es brach zwischen den beiden und deren Gefolgsleuten ein archaischer Streit los –

und seine Verbündeten die „Vereinigung“ und gründeten eine eigene Fraktion.

Zuletzt gewann das Steinhart-Lager aber zunehmend die Oberhand. Huber reichte am Freitag seinen Rücktritt als Kurienobmann und Vizepräsident ein.

Umnut auf Bundesebene

Zudem wuchs auch der Umnut in der österreichischen Ärztekammer, deren Präsident Steinhart ebenfalls ist. Mit Ausnahme vom Salzburger Präsidenten Karl Forstner hat bis dato aber noch keiner der dortigen Spitzenfunktionäre den Rücktritt erklärt.

Einzig die Wiener Ärztekammer hat bis dato aber noch keine

bei der Sitzung am Dienstag galt als unwahrscheinlich. Braucht es doch dafür eine Zweidrittelmehrheit.

Es ist ausgerechnet einer seiner alten Erzrivale, der Steinhart das Überleben sichert. Der SPÖ-nahe Ex-Präsident Thomas Szekerer und seine Fraktion haben sich zuletzt demonstrativ hinter Steinhart gestellt. Seine Gruppe ist an sich in Opposition, aber nach der Spaltung der „Vereinigung“ die stärkste in der Vollversammlung.

Inzwischen ist Szekerer auch von seiner Forderung nach Neuwahlen abgerückt. Ansh dafür mitteren zwei

Überblick

VP und FP für mehr Deutschförderung

Migration. In Wien hat die Hälfte der Schüler nicht Deutsch als Umgangssprache, an Volks- und Mittelschulen sind es noch mehr. An den Volksschulen werden laut Statistik Austria zudem 14 Prozent als ausserordentliche Schüler geführt, weil sie nicht genug Deutsch können, um dem Unterricht zu folgen. Die ÖVP fordert deshalb eine Kindergartenpflicht ab 3 Jahren und mehr Förderung, die FPÖ fordert zudem eine Deutschpflicht an Schulen.



APA/AFP/NIKOLAY DOYCHINOV

Grenzzaun: Sobotka lobt „Bemühungen“

Schengen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) hat bei seinem Besuch in Bulgarien die Anstrengungen des EU-Partners zum Schutz der EU-Außengrenze gelobt. „Wir schätzen die Bemühungen Bulgariens, die EU-Außengrenze zu schützen“, wurde Sobotka von der Nachrichtengeneratur BTA zitiert. Österreich hat ein Veto gegen den Beitritt Bulgariens und Rumaniens zum Schengen-Raum eingelegt.

Studie: Probleme für Frühreinstreicher

Lehrermangel. Wegen des eklatanten Lehrermangels unterrichten auch Studenten. Eine Studie zeigt nun, dass 58 Prozent der Master- und 25-Prozent der Bachelor-Studierenden bereits in der Klasse stehen und zudem oft fachfremd unterrichten. Unter dieser Belastung leidet jedoch die Ausbildung, die Studierenden machen weniger Prüfungen und die Situation schadet ihrer Professionalisierung, zeigt eine aktuelle Studie der Uni Wien.

Somit dürfte Steinhart bis auf Weiteres unangefochten bleiben – es sei denn, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bringen neue belastende Fakten zutage.

Bereits am Montag fand eine Sitzung der Kurie der niedergelassenen Ärzte statt, die nach dem Rückzug Hubers auf Steinhart-Linie gebracht wurde. So soll Naghne Kamaletyan-Schnied, eine enge Vertraute des Präsidenten und bisher Huber-Stellvertreterin, die Führung der Kurie übernehmen.

Weiters wurde das Berufsverbot von Yvetta Zakarian im Arztministerium